

QUARTALSBERICHT

Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon
Quartal / Jahr: III. Quartal 2011

1. SCHLAGZEILEN

1.1 Jordanien

- Kabinettsumbildung auf dem Weg zu politischen Reformen
- Umfangreiche Finanzhilfen aus dem Ausland können das bestehende große Haushaltsdefizit nur verringern, nicht aber ausgleichen

1.2 Syrien

- Trotz anderslautender Ankündigungen von Staatspräsident Assad geht die Verfolgung von Angehörigen der Opposition unvermindert weiter
- Wirtschaftliche Sanktionen dürften das syrische Regime erst mittelfristig in Bedrängnis bringen, gleichwohl immer mehr Menschen aufgrund der Unruhen in ihrer Existenz bedroht sind

1.3 Libanon

- Sondertribunal für den Libanon (STL) erhebt im Zuge der Ermittlungen im Mordfall Rafik Hariri Anklage gegen vier Mitglieder der Hisbollah
- Ministerpräsident Najib Mikati kämpft mit offenem Ausgang um die internationale Reputation des Libanon

Wenn man von der Protest- und Reformbewegung in der arabischen Welt spricht, so hat man die Bilder vor Augen, die aus Tunesien und Ägypten um die Welt gegangen sind. Bilder von Menschen, die über weite Strecken friedlich, deshalb aber nicht weniger bestimmt für ihre Sache auf die Strasse gegangen sind.

Nicht nur die Staatsführung dieser Länder ist von den Protesten und ihrer Nachhaltigkeit überrascht worden. Auch die nationalen und internationalen Geheimdienste, die in den Ländern akkreditierten Diplomaten, die dort tätigen Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt die internationale Staatengemeinschaft als Ganzes hatten nicht erkannt, welches Frustrationspotential sich in der Bevölkerung aufgebaut hatte und sich mit einem Mal zu entladen begann. Das, was dem kleinen Gemüsehändler Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid widerfahren ist, wurde zum Fanal einer Protestwelle in der arabischen Welt, die ihresgleichen sucht. Auch wenn es den Menschen in Tunesien und Ägypten gelungen ist, ihre jeweiligen Präsidenten innerhalb weniger Wochen aus dem Amt zu drängen, so stehen sie dennoch erst am Anfang dessen, was sie zu erreichen beabsichtigen. Mehr Demokratie und Chancengleichheit sowie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von großen Teilen und Perspektiven für große Teile der Bevölkerung. Aktuell nimmt sowohl die Sorge derer, die den Erfolg des bisher Erreichten in Gefahr sehen, als auch die Ungeduld derer, die sich eine schnellere Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofft hatten, zu.

Man hat aber auch die Bilder der Proteste im Jemen, in Libyen und in Syrien vor Augen, die angesichts der dort mit großer Brutalität geführten Auseinandersetzungen zu Tausenden von Toten geführt haben. Der libyschen Opposition ist es nach monatelangen verlustreichen Kämpfen nur mit logistischer und militärischer Unterstützung der NATO gelungen, Präsident Muammar al-Gaddafi aus dem Amt zu drängen. Der Preis dafür sind bis zu 30.000 Tote und eine am Boden liegende Infrastruktur, die den Wiederaufbau der Wirtschaft und den Aufbau neuer politischer Strukturen erschweren wird. Im Jemen lässt Präsident Ali Abdullah Saleh noch für den Erhalt der Macht kämpfen. Wohl nicht mehr für sich selbst, sondern eher für seinen Nachfolger. Dass er aus Saudi-Arabien noch einmal in den Jemen zurückkehrt gilt als unwahrscheinlich. Vielmehr dürfte das, was sich derzeit im Jemen abspielt, als blutiges Rückzugsgefecht Salehs anzusehen sein, was noch viele Menschen das Leben kosten kann. Die Brutalität der Kämpfe nimmt fast täglich zu und die Gefahr eines Bürgerkrieges ist als latent zu bezeichnen. Über die aktuelle Lage in Syrien wird unter Ziffer 2.2 ausführlicher zu berichten sein.

In den Golfstaaten, und hier vor allem in Bahrain, wo es im März 2011 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Kräften der sunnitischen Regierung und einer überwiegend schiitischen Opposition gekommen war, und wo die Lage nur mit militärischer Unterstützung aus Saudi-Arabien sowie mit Polizeikräften aus den Vereinigten Arabischen Emiraten unter Kontrolle gebracht werden konnte, hat sich die Lage hingegen entspannt. König Hamad bin Isa al-Khalifa ist um einen Ausgleich zwischen der schiitischen Mehrheit seines Landes und einer sunnitischen Minderheit, die politisch und wirtschaftlich das Sagen hat, bemüht. Da die Zugeständnisse an die schiitische Mehrheit bisher jedoch eher gering sind, kann von einer dauerhaften Lösung des Problems nicht ausgegangen werden.

Das Verhältnis einer Reihe arabischer Staaten zu Israel hat sich im Laufe des Jahres 2011 deutlich verschlechtert. Dies gilt insbesondere für Ägypten, in abgeschwächter Form aber auch für Jordanien. Der von den beiden Staaten in den Jahren 1979 bzw. 1994 mit Israel geschlossene Friedensvertrag stößt in deren Bevölkerung, heute mehr denn je, auf Ablehnung. Von ägyptischer Seite wurde der Friedensvertrag in jüngster Zeit mehrfach ganz offen in Frage gestellt. Jordanien ist diesbezüglich (noch) zurückhaltender, wenngleich derartige Forderungen auch hier zunehmen. Wiederholte Zwischenfälle an der israelisch-ägyptischen Grenze, bei denen es auf beiden Seiten auch zu Toten gekommen ist, haben vorübergehend schlimmeres befürchten lassen. Seit dem 14. September 2011 hat Israel seine Botschafter aus allen arabischen Ländern zurückgezogen. Zu groß ist die Furcht, dass sich Ereignisse wie die vom 09. September 2011 in Kairo (Sturm und Verwüstung der israelischen Botschaft) auch anderenorts wiederholen könnten. Insbesondere gilt dies im Zusammenhang mit dem für den 23. September 2011 geplanten Gang der Palästinenser vor die UN-Vollversammlung in New York und der im Sicherheitsrat erwarteten Ablehnung deren Antrags, als 194. Mitglied der Vereinten Nationen anerkannt zu werden. Darüber hinaus gehören die bis dato vielfältigen und guten Beziehungen der Türkei zu Israel der Vergangenheit an, was den türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan zum in allen arabischen Ländern gern gesehenen Gast macht. Wiederholt hat er in Interviews und auf Reisen in arabische Länder kundgetan, dass sich Demokratie und Islam nicht ausschließen, wofür die Türkei das beste Beispiel sei. Mit seinen deutlichen Äußerungen, auch gegenüber den Ereignissen in Syrien und in Libyen, ist der türkische Premierminister zum Liebling der arabischen Massen geworden.

2.1 JORDANIEN

Im neunten Monat der Proteste für wirtschaftliche und politische Reformen sowie für mehr politische Partizipation, stärkere Bekämpfung der Korruption, Arbeitsplätze und höhere Löhne soll im Rahmen dieses Quartalsberichtes ein Überblick über die derzeitige Lage des Landes gegeben und der aktuelle Stand der Reformbemühungen zusammengefasst werden.

Wer sind die Menschen, die mit nur kurzen Unterbrechungen seit nunmehr neun Monaten auf die Straße gehen, um für Reformen zu demonstrieren? Wird die Reformbewegung von etablierten politischen Kräften für deren Ziele benutzt, manipuliert oder gar zu Vereinnahmungen versucht? Ist der Protest auf Großstädte wie Amman, Zarqa und Irbid beschränkt oder kommt es auch in ländlichen Gebieten, wo tribale Strukturen weitaus stärker ausgeprägt sind als in den großen Städten, zu Protesten? Gibt es in Bezug auf die von der Protestbewegung verfolgten Ziele Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung? Welche bestehenden Probleme gilt es als erstes anzugehen? Und nicht zuletzt, wie geht die Staatsführung mit der Protestbewegung um, zeigt sie Reformbereitschaft und wenn ja, wie ist der aktuelle Stand der Reformen? Fragen, auf die im Folgenden versucht werden soll, Antworten zu geben.

Die Protestbewegung in Jordanien steht ohne Frage mit den Ereignissen in den anderen arabischen Ländern in Verbindung. Vor allem mit denen in Tunesien und Ägypten. Die Ereignisse dort haben die Jordanier ermutigt, für 'ihre' Anliegen auch auf die Straße zu gehen. Dies tun sie seit nunmehr neun Monaten fast ohne Unterbrechung. Mal mehr im kleinen, aber auch im großen Stil.

Trotz vergleichbarer Ausgangssituationen gibt es aber auch eine Reihe von Unterschieden, die es in Bezug auf die Protestbewegung in Jordanien zu berücksichtigen gilt. Der vielleicht größte Unterschied zu den Protestbewegungen in den oben genannten Ländern ist der, dass die Protestbewegung in Jordanien bis heute nicht den Sturz des Königs bzw. die Abschaffung der Monarchie fordert.

Aus einem Vergleich mit den oben genannten Ländern sowie den Ereignissen in anderen arabischen Monarchien wie z.B. Marokko, könnte man daher den Schluss ziehen, dass Monarchien widerstandsfähiger gegen Proteste von Innen sind als z.B. Präsidialrepubliken. Dieser Schluss ist so richtig, wie er andererseits auch wieder falsch ist.

Der Schluss ist richtig, weil die Königshäuser in z.B. Marokko und Jordanien ein Problem nicht haben, was die Präsidenten aller anderen vorgenannten arabischen Länder umso mehr hatten bzw. haben - ein Legitimationsproblem. Syrien hat im Jahre 2000 das geschafft umzusetzen, was man sonst nur aus Monarchien kennt. Die Erbfolge. Präsident Bashar al-Assad hat nach dem Tod seines Vaters Hafez das Amt des Staatspräsidenten regelrecht geerbt. Dies war in der präsidialen Volksrepublik Syrien so selbstverständlich, wie in Monarchien die Macht dynastisch weitergegeben wird. Dass hierzu die Verfassung geändert werden musste - kein Problem. Das Mindestalter von 40 Jahren, welches die syrische Verfassung für die 'Wahl' zum Staatspräsidenten bis dahin vorgesehen hatte, wurde von einem auf den anderen Tag auf 34 Jahre gesenkt. In Ägypten ist bis Januar 2011 alles darauf hinausgelaufen, dass Gamal Mubarak seinen Vater im Amt 'beerbt', und auch in Libyen und im Jemen hatte bis dahin keiner ernsthafte Zweifel daran, dass die jeweiligen Amtsinhaber an einer solchen Form der Erbfolge arbeiteten

(was nicht heißt, dass die jeweiligen Parlamente, die man nur als willfährig bezeichnen konnte bzw. kann und die ihrerseits nur über eine schwache Legitimität verfügt haben bzw. verfügen, dem zugestimmt und damit einen legalen Anstrich verpasst hätten).

Der Schluss ist falsch, da in der Vergangenheit mehr als nur ein Monarch in der arabischen Welt gestürzt, in nicht wenigen Fällen die Monarchie sogar ganz abgeschafft worden ist. Auch hierfür ist Syrien, das für kurze Zeit Königreich war und von einem Bruder des damaligen Emirs von Transjordanien, König Faisal, regiert worden ist, ein Beispiel. Frankreich konnte die Träume der Haschemiten von einem Königreich 'Großsyrien' sehr rasch beenden, da es vom Völkerbund das Mandat über Syrien und den Libanon zugesprochen bekommen hatte. Im Irak, damals britisches Mandatsgebiet, konnte sich König Faisal noch bis 1958 an der Macht halten, bevor so genannte 'freie Offiziere' ihn dort aus dem Amt putschten und in der Folge die Monarchie abschafften. König Faruk und die ägyptische Monarchie waren bereits 1952 dem Putsch 'freier Offiziere' zum Opfer gefallen. König Idris I. und die Monarchie in Libyen ereilte dieses Schicksal im Jahre 1969, und im Jemen wurde die zaiditische Monarchie im Jahre 1962 gestürzt und stattdessen im Norden die Jemenitische Arabische Republik ausgerufen.

So waren in der arabischen Welt nicht alle der ehemals zahlreichen Monarchien von langer Dauer. Das heißt nicht, dass die Könighäuser, die heute noch politische Verantwortung tragen, den Herausforderungen der Zeit besser und vorausschauender begegnen als die Präsidenten der Republiken, in denen seit Beginn des Jahres 2011 die Bevölkerung auf die Straße geht. Sie verfügen dafür aber über eine weitreichende und vor allem 'natürliche' Form der Legitimität, die die Präsidenten der verschiedenen Republiken nur durch Wahlen erreichen können. Wenn diese Wahlen jedoch nicht frei, transparent und fair durchgeführt, oder in anderer Weise manipuliert werden, so schwindet diese Legitimität. Am Ende bleibt dann nur, die Herrschaft mit repressiven Methoden aufrecht zu erhalten.

Monarchien sind somit nicht per se gegen Umstürze gewappnet. Wenn sich deren Herrscher jedoch aufgeschlossen zeigen, eine zukunftsweisende Politik verfolgen und sich den Reformwünschen ihrer Bevölkerung nicht verschließen, dann haben sie zumindest in der gegenwärtigen Zeit in Verbindung mit ihrer nicht in Frage stehenden Legitimität, die sich im Falle des haschemitischen Königshauses in Jordanien auf die Familie des Propheten Mohammed zurückführen lässt, eine Machtbasis, die ihnen von der Bevölkerung nicht streitig gemacht wird. Dass es neben den vorgenannten Monarchien auch jene gibt, die mit mehr oppressiven Methoden ihre Macht zu sichern und/oder sich mit ihrem Reichtum das Wohlwollen der Bevölkerung zu erkaufen versuchen, soll nicht verschwiegen werden.

Alles bisher Geschriebene darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Jordanien ein dringender Bedarf an Reformen besteht. Neben politischen Reformen sind insbesondere das Bildungs- und Ausbildungssystem, der Arbeitsmarkt sowie die Energie- und Wasserversorgung Bereiche, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Ein weiteres Problem, welches es nachhaltiger und unnachgiebiger als bisher zu bekämpfen gilt, ist die Korruption. Alleine in 2011 wurden bisher 18 Verdachtsfälle auf Korruption publik, die zur weiteren Untersuchung an die dafür zuständige Behörde überstellt worden sind. Mit den im Raum stehenden veruntreuten Summen könnte der Staat dringend notwendige Reformen angehen. Dass der Staatshaushalt chronisch defizitär ist und die Verschuldung sich stets an

der Obergrenze dessen bewegt, was die Verfassung gerade noch zulässt, engt die Handlungsspielräume der Politik ein. Umso mehr schmerzt, dass immer wieder Fälle von Geldverschwendung und Korruption bekannt werden. Praktisch kein Bereich ist davon ausgenommen. Auch nicht die Initiativen, die der König selbst ins Leben gerufen hat. Ständig wechselnde Regierungen verschärfen das Problem mehr, als dass sie zu einer Lösung beitragen. Erst kürzlich war in einem jordanischen Politmagazin zu lesen, dass es in der 88-jährigen Geschichte des Emirats Transjordanien (1923 - 1946) und des Königreiches Jordanien (1946 bis heute) bis dato mehr als 100 Regierungen gegeben hat. Die letzten zehn Jahre liegen diesbezüglich voll im Trend.

Die mittel- und langfristigen Investitionspläne, die Jordanien bis dato verfolgt, beinhalten eine Reihe sehr kostenintensiver Großprojekte. Da sie aber nur bedingt geeignet erscheinen die dringend benötigten Arbeitsplätze zu schaffen, sollten sie mit Blick auf ihre Notwendigkeit, ihre Sinnggebung und vor allem auch ihre Finanzierbarkeit hin noch einmal überprüft werden. In diesem Zusammenhang ist zunächst einmal der geplante Bau einer Atomkraftanlage zu nennen, die bis zum Jahre 2020 in der Nähe von Mafraq (40 Kilometer nordöstlich von Amman gelegen) errichtet werden soll. Sie alleine ist mit Kosten von bis zu 10 Mrd. Euro veranschlagt. Dem Thema der erneuerbaren Energien, insbesondere der Erzeugung von Energie aus Solar- und Windkraft, könnte weitaus größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als man das bisher tut. Die diesbezüglichen Voraussetzungen sind in Jordanien als überaus gut zu bezeichnen. Ein weiteres geplantes Großprojekt ist ein Kanal vom Roten zum Toten Meer, mittels dem das Tote Meer vom Austrocknen bewahrt und durch Entsalzung Süßwasser gewonnen werden soll. Auch dieses Projekt wird mit Kosten in Milliardenhöhe (Euro) veranschlagt. Während die Wirtschaftlichkeits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für dieses Vorhaben noch laufen (und die potentiellen Geldgeber dafür noch nicht gefunden sind), hat man schon damit begonnen, einen 25-Jahres-Plan für die weitere touristische Erschließung des Toten Meeres zu erarbeiten (der auf der Realisierung des vorgenannten Kanals basiert). Ob man in diesem Zusammenhang noch von einer ergebnisoffenen Prüfung des Vorhabens sprechen kann, darf bezweifelt werden. Sollten die Gutachten so ausfallen, wie es von potentiellen Investoren erhofft wird, so bliebe am Ende zumindest das, was man in Schwaben als 'Geschmäcke' bezeichnen würde. Falls nicht, so hätte man einmal mehr Zeit und Geld buchstäblich in den Sand gesetzt, von dem es in Jordanien bekanntlich genügend gibt. Von einer ursprünglich einmal anvisierten gemeinsamen Lösung mit Israel will in Jordanien niemand mehr etwas wissen. Auf dem 'Wunschzettel' Jordaniens steht des Weiteren noch ein Eisenbahnnetz, welches Amman mit Aqaba und Bagdad verbinden soll (mit weiterführenden Anschlüssen nach Ägypten, Saudi-Arabien und über Syrien in die Türkei). Nach dem man in der Vergangenheit versucht hat, den Irak für dieses Vorhaben zu gewinnen, dieser zwischenzeitlich statt über Jordanien und Syrien aber offenbar lieber mittels einer Eisenbahnstrecke, die über Mosul gen Norden führt, den Anschluss an das Eisenbahnnetz in der Türkei sucht, dürfte es mit der Realisierung schwierig werden. Bei der schwachen Finanzkraft des Landes und der ohnehin schon hohen Verschuldung ist absehbar, dass ohne internationale und private Geldgeber keines der vorgenannten Projekte zu realisieren sein wird. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Haltung potentieller Geldgeber zu den Projekten ambivalent. Je nachdem ob man sich von den Projekten Aufträge für die eigene Wirtschaft verspricht, unterstützt man diese - oder aber auch nicht. Wirtschaftliche Interessen des Aus-

landes erhalten nicht selten 'Rückenwind'. Insbesondere dann, wenn hiesige Entscheidungsträger davon profitieren können. Da nicht wenige solcher Vorhaben über (zinsverbilligte) Kredite finanziert werden, sind diese, wenn sie nicht auf objektiv und seriös erhobenen Daten und Prognosen basieren, geeignet, die Verschuldung des Landes weiter in die Höhe zu treiben.

Des Weiteren sind die zunehmende Verschuldung des Landes (aktuell rund 65% des BIP) sowie der chronisch defizitäre Haushalt Themen, denen sich die Politik dringend annehmen muss. Jordanien ist, wie bereits mehrfach berichtet, ein klassischer Rentierstaat, der ohne ausländische Finanz- und Wirtschaftshilfen so, wie er sich heute darstellt, nicht existenzfähig wäre. Das Jahr 2011 stellte das Land darüber hinaus vor Herausforderungen, die das Haushaltsdefizit ein Ausmaß haben annehmen lassen, das man, gemessen an der eigenen Wirtschaftskraft, nicht anders als besorgniserregend bezeichnen kann. Um den zu Beginn des Jahres 2011 auch in Jordanien aufkommenden Protest nicht eskalieren zu lassen, hat der Staat dahingehend schnell reagiert, als dass er finanzielle Wohltaten unter das Volk gebracht hat. Wohltaten, die er sich wirtschaftlich und finanziell betrachtet eigentlich gar nicht hätte leisten dürfen. Trotz massiver finanzieller Hilfen aus dem Ausland (Saudi-Arabien und die USA stehen alleine in 2011 für 1,5 - 2 Mrd. Euro Finanzhilfen. Weitere Finanzhilfen in einem finanziellen Umfang von mehr als 500 Mill. Euro kommen vor allem aus Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch von der EU sowie einzelnen EU-Staaten), ist der Haushalt des Jahres 2011, der bei gegenwärtig rund 6,5 Mrd. Euro liegt (ein weiterer Nachtragshaushalt ist gerade in Vorbereitung), nach wie vor deutlich defizitär. Mit Blick auf die kommenden Jahre stellt sich daher einmal mehr die Frage, wie es Jordanien gelingen kann, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Eine gerade erst publik gewordene Untersuchung weist aus, dass Jordanien in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends, d.h. in den Jahren 2000 - 2009, 21% seines Budgets für Militärausgaben und Ausgaben für die Sicherheitsdienste aufgewendet hat, während gleichzeitig für Bildung, Gesundheit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen insgesamt lediglich 22% aufgewendet worden sind. Betrachtet man darüber hinaus die Subventionen, die überwiegend nach dem Gießkannenprinzip unter die Leute gebracht werden, anstatt sie zielgerichtet nur den wirklich Bedürftigen zu Gute kommen zu lassen, die seit Jahrzehnten bestehende und vom Staat bis dato regelrecht geförderte Mentalität der Menschen, dass der Staat für ihr Wohlergehen mehr verantwortlich ist als sie selbst, sowie die nicht als gering zu bezeichnende Korruption im Umfeld fast aller öffentlichen Projekte, dann ist nicht erkennbar, wie und warum diese Erwartungshaltung sich ändern sollte. In einer Zeit zunehmenden Finanzbedarfs und ansteigender Verschuldung kam daher das Angebot der reichen Golf-Staaten, Marokko und Jordanien in den elitären Kreis des 'Gulf Cooperation Council - GCC' aufnehmen zu wollen, gerade richtig. Eine Mitgliedschaft im GCC könnte zu einer winwin-Situation für alle beteiligten Staaten werden. Das ganz offenbar gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Monarchien am Golf, das Jordanien mit seiner gut ausgebildeten und sehr gut ausgestatteten Armee sowie den als äußerst effektiv zu bezeichnenden Sicherheitsdiensten bedienen kann, im Tausch gegen dringend benötigte wirtschaftliche Investitionen und Finanzhilfen. Welche Auswirkungen dies auf die angestrebten politischen Reformen in Jordanien hat, steht auf einem anderen Blatt. Es ist zu vermuten, dass die Monarchien am Golf mit demokratischen Reformen nicht allzu viel im Sinn haben. Ob sie im Falle einer Aufnahme Jordaniens und Marokkos in das GCC entsprechende Zugeständnisse erwarten, muss abgewartet werden.

Die Zahl der Menschen, die sich an den Demonstrationen, die seit Beginn des Jahres 2011 auch in Jordanien an der Tagesordnung sind, bisher beteiligt haben, reicht nicht im Ansatz an die Zahl der Demonstranten heran, die in anderen arabischen Ländern auf die Straße gegangen sind bzw. immer noch gehen. Nur sehr wenige Male haben sich 10.000 oder gar mehr Menschen versammelt, um für ihre Ziele zu demonstrieren. Daraus jedoch abzuleiten, dass nur sehr wenige Menschen mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Jordanien nicht einverstanden sind, könnte eine schwerwiegende Fehleinschätzung sein. Ihr zu erliegen, sollten die politisch Verantwortlichen tunlichst vermeiden. Vielmehr hat es den Anschein, als dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung deutlich größer ist, als die Beteiligung an den Demonstrationen dies vermuten lässt.

Im Rahmen der Demonstrationen brachten die, die auf die Straße gegangen sind, ihren Unmut über stark steigende Lebenshaltungskosten im Allgemeinen sowie Grundnahrungsmittelpreise im Besonderen, zu wenig und vielfach schlecht bezahlte Arbeit, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Korruption, Vetternwirtschaft und zunehmend auch unzureichende politische Partizipationsmöglichkeiten zum Ausdruck. Sie taten dies ganz überwiegend friedlich. Nur in zwei Fällen, im März und im Juli 2011, ist es zu Übergriffen gekommen. Anders als vielleicht vermutet, gingen diese Übergriffe nicht von den Demonstranten, sondern vielmehr von Sicherheitskräften (Juli 2011) oder aber von Gegendemonstranten aus, wobei Letztgenannte ganz offensichtlich das Wohlwollen der Sicherheitskräfte genossen haben (März 2011). In beiden Fällen haben die Sicherheitskräfte (vor allem Polizei und Gendarmerie) und damit die Regierung von Marouf al-Bakhit keine gute Figur abgegeben. Einmal schauten sie zu bzw. weg, als friedliche Demonstranten angegriffen und dabei eine Person getötet wurde (März 2011), das andere Mal, im Juli 2011, haben sie selbst ganz massiv Vertreter der Presse angegriffen, diese verprügelt und deren Ausstattung zerstört (einen ähnlichen Vorfall hatte es zuvor schon einmal in Karameh im Jordantal gegeben, als es dort zu einer vergleichsweise großen Demonstration gegen Israel gekommen war). Obwohl der Premierminister in allen Fällen eine umgehende Prüfung der Ereignisse zugesagt hat, hat man in der Folge nie etwas von diesbezüglichen Ermittlungsergebnissen, geschweige den von Anklagen, gehört. In einem weiteren Fall haben Sicherheitskräfte lange Zeit zugesehen, als am 15. Juni 2011 die Vertretung der französischen Nachrichtenagentur AFP angegriffen und teilweise verwüstet worden ist, weil man mit deren Berichterstattung nicht einverstanden war (weil deren Reporter über Steinwürfe auf einen Konvoi des Königs im Süden des Landes berichtet hatten, was von dem Mob als nicht wahr bezeichnet worden war). In einem zweiten ähnlichen Fall Ende Juli 2011, weilte der König gerade in Frankreich, von wo er mit Hilfs- und Investitionszusagen in Höhe von 600 Mio. Euro zurückgekehrt ist. Hier, wie in allen anderen genannten Fällen auch, bezeichneten sich die Gegendemonstranten bzw. der Mob als Royalisten, d.h. als Unterstützer des Königs bzw. der Monarchie, gleichwohl es bisher keine Unmutsbekundungen gegen den König oder gar Forderungen nach einer Abschaffung der Monarchie gegeben hat. Der König sah sich in Reaktion auf die vorgenannten Ereignisse veranlasst, sich von derartigen Maßnahmen zu distanzieren, da sie seinem Ansehen mehr schaden als die friedlichen Proteste derer, die für Reformen auf die Straße gingen. Die Ereignisse, die in mehreren Fällen einen klaren Verstoß gegen die auch in Jordanien (eingeschränkt) bestehende Presse- und Informationsfreiheit darstellten, hielten den Premierminister nicht davon ab, mehrmals öffentlich zu verkünden, dass die Regierung alles zum Schutz gerade dieser Rechte tun wird. Wie diese

Aussagen von denen aufgenommen worden sind, die Ziel der besagten Angriffe gewesen waren, ist nicht bekannt. Sie haben eines aber sicher verstärkt: Die Ablehnung der Regierung Marouf al-Bakhit.

Wenn davon die Rede ist, dass sich Demonstrationen und Proteste nicht gegen den König bzw. das Königshaus richten, so muss man der Vollständigkeit halber hinzufügen, dass sie sich dafür aber um so mehr gegen die (vom König ernannte) Regierung und zunehmend auch gegen das (nicht wirklich frei gewählte) Parlament richteten.

Der Rücktritt von drei Ministern, die gerade einmal drei bzw. vier Monate im Amt waren (Justiz, Gesundheit und Medien & Kommunikation), lässt den Schluss zu, dass hinter den Kulissen alles andere als Einigkeit darüber besteht, wohin die politische Reise des Landes gehen soll. Insbesondere der Rücktritt des von vielen geschätzten Ministers für Medien & Kommunikation, Taher Odwan, der am 21. Juni 2011 seinen Rücktritt bei Premierminister Marouf al-Bakhit eingereicht hat, hat tief blicken lassen. Er ist nach eigenen Worten von seinem Amt zurückgetreten, weil er die von der Regierung inzwischen verabschiedeten Änderungen des Medien- und Kommunikationsgesetzes für nicht vereinbar mit den immer wieder angekündigten Reformen in Bezug auf die Pressefreiheit erachtet hat. Seine Aussagen werden durch die wiederholten Übergriffe auf in- und ausländische Journalisten, die sich in kritischen Artikeln mit der gegenwärtigen Lage in Jordanien auseinandergesetzt haben, bekräftigt. Nach offiziellen Angaben handelte es sich in allen bekannten Fällen von Übergriffen auf Journalisten um Mob, was grundsätzlich nicht in Abrede gestellt werden kann. Die Frage ist nur, hat dieser Mob aus eigenem Antrieb gehandelt oder wer hat ihn unter Umständen instruiert.

Am 02. Juli 2011 kam es zu einer neuerlichen Umbildung der Regierung, die zu diesem Zeitpunkt gerade einmal fünf Monate im Amt war. 11 der 28 Minister wurden ausgetauscht. Ein neues Ministerium, für wirtschaftliche Angelegenheiten, wurde eingerichtet. Es ist dies bereits die dritte Regierung sowie darüber hinaus die vierte Kabinettsumbildung in den zurückliegenden 30 Monaten. Die Minister wechseln in manchen Ministerien mittlerweile schneller, wie man sich deren Namen merken kann. Angesichts der Tatsache, dass in einem jordanischen Ministerium fast alles vom Minister entschieden werden muss (bzw. im Umkehrschluss ohne das Plazet des Ministers so gut wie nichts entschieden wird), ein Zustand, der alles andere als gut ist. So hat z.B. das Partnerministerium der Hanns-Seidel-Stiftung im Zeitraum von nur acht Monaten bereits den dritten Minister. Was dies für die vielfältig zu bewältigenden Aufgaben bedeutet, vermag man sich nur unschwer vorzustellen. Hinsichtlich der zahlreichen Ministerwechsel ist anzufügen, dass davon nicht alle Ministerien betroffen sind. So wichtige Ministerien wie z.B. das des Inneren, der Finanzen, des Auswärtigen oder auch das für Planung und Internationale Zusammenarbeit sind sehr viel seltener von solchen Wechseln betroffen. Für die zu erledigenden Aufgaben der von diesen häufigen Wechseln betroffenen Ministerien ist eine solche Praxis in mehrerlei Hinsicht schlecht. Sie stärkt weder das immer wieder angemahnte größere Engagement, noch das Verantwortungsbewusstsein der jeweiligen Minister für ihr Tun. Vielmehr fördert es die Tendenz, für Fehlentscheidungen den Vorgänger verantwortlich zu machen und für eigene Fehler nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden zu können.

Um was für Gruppierungen und Gruppen handelt es sich, die seit nunmehr neun Monaten mit großer Regelmäßigkeit für Reformen auf die Straße gehen und was sind deren Hauptanliegen ?

Ihre Anliegen wurden bereits kurz skizziert: Wirtschaftliche und politische Reformen im weitesten Sinne. Dies beinhaltet mehr politische Partizipation im Sinne eines frei und transparent gewählten Parlaments, die Regierungsbildung durch einen Premierminister, der nicht mehr vom König ernannt, sondern stattdessen von der stärksten Fraktion im Parlament gestellt wird, eine vom Parlament gewählte bzw. bestätigte Regierung, ein neues Parteiengesetz, das die Gründung von Parteien und deren Zulassung erleichtert, ein neues Wahlgesetz, welches von dem bisherigen one person - one vote Prinzip Abstand nimmt, die erst eingeführten Wahldistrikte wieder abschafft (da sie statt zu mehr Transparenz, zu mehr Intransparenz geführt haben) und ein wie auch immer geartetes Verhältniswahlrecht zum Inhalt hat, eine stärkere Bekämpfung der Korruption, mehr Arbeitsplätze und damit einhergehend ausreichend bezahlte Arbeit, ein höherer Mindestlohn (der seit 2007 bei rund 150,- Euro im Monat liegt) und ganz allgemein mehr Zukunftsperspektiven.

Wenn man die so genannte Reformbewegung näher betrachtet, so stellt man fest, dass es sich dabei im Wesentlichen um eine Jugendbewegung handelt, was eine Parallele zu vor allem Tunesien und Ägypten darstellt. Entsteht nach außen der Eindruck einer homogenen Bewegung, so stellt man, wenn man hinter die Kulissen der einzelnen 'Unterbewegungen' schaut, sehr wohl Unterschiede fest. Unterschiede bzgl. deren Mentoren und Unterstützer sowie Unterschiede bzgl. deren Organisationsstruktur. Aber auch bzgl. der verfolgten Ziele und deren Prioritäten. Unterschiede, die sich aus der regionalen Herkunft und der Zusammensetzung der einzelnen Gruppierungen ergeben.

Die Jugend- und Reformbewegung in Jordanien setzt sich aus vielen, teilweise sehr kleinen und oft auch nur regional begrenzt auftretenden 'Unterbewegungen' zusammen. Eine der ersten Gruppierungen (man sagt, die Erste, die zu Beginn des Jahres 2011 in Jordanien in Erscheinung getreten ist, war ein Zusammenschluss von unabhängigen und überwiegend als politisch links zu bezeichnenden Aktivisten, die am 07. Januar 2011 in Theeban, rund 50 Kilometer südlich von Amman im Gouvernement Madaba gelegen, auf die Straße gegangen sind. Ihr Hauptanliegen war im Wesentlichen der Rücktritt der damaligen Regierung von Premierminister Samir Rifai, sowie darüber hinaus ein stärkeres Vorgehen gegen Korruption. Dies war auch die 'Geburtsstunde' einer Jugendbewegung, die heute unter dem Namen Jayeen (was übersetzt so viel wie 'wir kommen' heißt) überregionale Bekanntheit genießt. Deren Mitglieder sind überwiegend unabhängige und als politisch eher links einzuordnende junge Leute. Jayeen stellt heute, zusammen mit den Bewegungen des '24. März' und des '15. Juli', so etwas wie die Spitze der Protestbewegung dar. Heute, acht Monate und rund 3.000 Demonstrationen, Sit-ins und Protestmärsche später, setzt sich die Reformbewegung in Jordanien aus Dutzenden von 'Unterbewegungen' zusammen. Gleiches gilt für die Gegenbewegung. Die Mitglieder der Letzteren bezeichnet man gemeinhin als 'Royalisten'. Sie haben sich als Gegengewicht zur Reformbewegung gebildet.

Geographisch gesehen sind die vorgenannten Bewegungen über ganz Jordanien verteilt. In Irbid (im Norden) und Aqaba (im Süden) gibt es heute genauso Protestgruppen und Gegenbewegungen wie in Mafrq (im Osten) und im Jordantal

(im Westen). Es sind mittlerweile so viele, dass es selbst denjenigen, die die Szene beobachten, zunehmend nicht mehr gelingt, deren Herkunft sowie deren Ziele auseinander zu halten.

Noch schwieriger als das ist es jedoch zu durchschauen, wer sich im Einzelfall hinter den einzelnen Gruppen verbirgt, wer diese führt bzw. lenkt oder im Einzelfall auch zu manipulieren bzw. zu instrumentalisieren versucht. Einige der neu entstandenen Gruppen stehen unzweifelhaft politischen Parteien nahe. Sie sind mehr oder wenige lose Zusammenschlüsse von deren Jugendorganisationen. Andere Gruppen sind hingegen als überwiegend unabhängig zu bezeichnen. Am schwierigsten einzuordnen sind die Gruppierungen, die so etwas wie einen Querschnitt des politischen Oppositionsspektrums darstellen. Einen Querschnitt der sozialistischen, linken und islamistischen Parteienlandschaft. Die sich der Ideen und Programme dieser Parteien bedienen und sich davon inspirieren lassen. Was diese Parteien angeht, so wären hier zuvorderst die beiden jordanischen Baath-Parteien (die 'Al-Baath Arab Socialist Party' und die 'Al-Baath Arab Progressive Party'), verschiedene linke Parteien (z.B. die 'Jordanian Communist Party' und die 'Democratic Nationalistic Movement Party') und natürlich die islamistischen Parteien mit der 'Islamic Action Front - IAF' an der Spitze (darüber hinaus das 'Arab Islamic Democratic Movement - Dua'a' und die 'Islamic Middle Party - Al-Wasat'), zu nennen. Nach einer aktuellen Untersuchung des im Jahre 2000 gegründeten und in Jordanien angesehenen 'Al-Quds Center for Political Studies', sind gegenwärtig rund 40 dieser Jugendbewegungen sowohl auf der regionalen als auch auf der nationalen Ebene aktiv. Ihr Ziel ist die Einleitung eines Politikwechsels auf allen Ebenen, von dem sie sagen, dass ihn die aktuell an der Macht befindlichen Politiker, Regierung wie Parlament, nicht wollen oder aber unfähig sind einzuleiten. Das Entstehen der Bewegungen resultiert u.a. aus dem Gefühl heraus, dass die Zeit für Veränderungen reif (u.a. weil es vielen Menschen aktuell wirtschaftlich sehr schlecht geht - die Arbeitslosigkeit ist bei Hochschulabgängern am höchsten !) und die Chancen, diese Veränderungen jetzt herbeizuführen, gut sind. Auch hier kann man deutlich erkennen, dass die bisherigen Erfolge der Reformbewegungen in Tunesien und Ägypten Auswirkungen auf die Reformbewegung in Jordanien haben. Zum ersten Mal haben junge Leute in Jordanien das Gefühl, tatsächlich etwas verändern zu können. Politik soll nicht länger das Geschäft der 'Alten' sein. Die 'Jungen' möchten künftig daran mitwirken. Sie wollen verkrustete Strukturen aufbrechen und viele denken bei dem, was ihnen für die Zukunft vorschwebt, nicht an einen islamistischen Staat. Der Blick geht diesbezüglich eher Richtung Türkei, wo man Demokratie und Islam in vorteilhafter Art und Weise mit einander verbunden sieht.

Der König nimmt das Anliegen der Jugend ernst. Im Mai hat er sich mit 500 von ihnen getroffen, um mit ihnen über ihre Anliegen zu diskutieren. Das so vermittelte Gefühl, Ernst genommen zu werden, hat mit dazu beigetragen, die Wogen bisher nicht höher schlagen zu lassen.

Das Verhältnis zwischen den Jugendbewegungen und den traditionellen politischen Parteien ist ein ambivalentes. Einerseits haben es Letztere bisher weitgehend nicht geschafft, auf der Grundlage der Erfolge des arabischen Frühlings den Reformprozess in Jordanien richtig in Gang zu bringen. Andererseits haben diese aber die notwendige organisatorische Struktur, um Tausende von Menschen zu mobilisieren. Sie verfügen über Netzwerke, die der Jugendbewegung fehlen.

Aus welchen Untergruppierungen setzt sich die Jugend- und Reformbewegung zusammen ?

Da wäre zum einen die Jugendbewegung in Kerak, einer Stadt mit rund 20.000 Einwohnern rund 130 Kilometer südlich von Amman gelegen, zu nennen, die sich nach eigenen Angaben von den Ereignissen in Ägypten, aber auch von der überregionalen Bewegung des '24. März' inspirieren hat lassen. Ihre Mitglieder kommen teilweise aus den Jugendorganisationen der o.g. Oppositionsparteien. Das 16-köpfige Führungsgremium dieser Bewegung setzt sich aus fünf Vertretern vorgenannter Parteien, drei Vertretern von Berufsverbänden und acht Unabhängigen zusammen. Nichtsdestotrotz legt die Bewegung großen Wert darauf, politisch und auch sonst unabhängig zu sein. Zur Unterstützung der nationalen Reformbewegung setzen sie auf Aktivitäten und nicht auf polarisierende ideologische Diskussionen. Die Jugendbewegung aus Tafileh, einer Stadt mit rund 40.000 Einwohnern rund 190 Kilometer südlich von Amman gelegen, ist stolz auf ihre Mitglieder aus der Baath- sowie der kommunistischen Partei, die das Führungsgremium dieser Bewegung dominieren. Als Ganzes betrachtet kann man sagen, dass die Jugendbewegungen aus den südlichen Landesteilen Jordaniens sich häufig mit politischen (Oppositions-) Parteien zusammengeschlossen haben. Nach eigener Auskunft überwiegend aus praktischen Erwägungen heraus, weil es mit deren Hilfe leichter ist, an Freitagen nach dem Mittagsgebet Tausende von Menschen auf die Straße zu bringen (was bisher, außerhalb von Amman, selten der Fall war). Freimütig geben viele zu, dass ihnen dies ohne die Unterstützung der Parteien nicht gelingen würde. Die Jugendbewegungen deshalb als willfähiges Instrument der politischen (Oppositions-) Parteien zu betrachten, wäre allerdings zu kurz gesprungen. Wie Mitglieder der Jugendbewegung aus Theeban betonen, gibt es zwischen den 'jungen Unbedarften' und den 'alt gedienten Parteimitgliedern' immer wieder anregende und durchaus auch kontrovers geführte Diskussionen, was die zu verfolgenden Ziele und die zu ergreifenden Maßnahmen angeht. Die Jugendbewegungen sind insofern realistisch. Sie haben erkannt, dass sie für die Mobilisierung größerer Teile der Bevölkerung die Unterstützung der Parteien benötigen. In Ma'an, einer Stadt mit rund 50.000 Einwohnern rund 220 Kilometer südlich von Amman gelegen, hat sich die Jugendbewegung deshalb mit jihadistischen Salafisten zusammengetan, um die Freilassung von Bürgern durchzusetzen, die aus verschiedenen Gründen inhaftiert waren. Eines ihrer Führungsmitglieder brachte es wie folgt auf den Punkt: 'Wir repräsentieren die Stadt und das Gouvernement Ma'an. Wir können schlecht sagen, dass wir deren Bürger repräsentieren, wenn wir gleichzeitig Teile davon ausschließen'. Die Jugendbewegung setzt sich damit aber auch dem Verdacht aus, von den jeweiligen Parteien vereinnahmt, zumindest aber manipuliert bzw. gelenkt zu werden. Eine Zwickmühle, aus der herauszukommen nicht so ganz einfach scheint.

Die bekannteste jordanische Reformbewegung ist die des '24. März'. Nicht zuletzt durch die Ereignisse vom 24. und 25. März 2011, als diese Bewegung auf dem 'Interior bzw. Dakhlieh Circle' in Amman eine Demonstration durchgeführt hatte und deren Teilnehmer unter den Augen der Polizei und der Sicherheitskräfte von so genannten Royalisten angegriffen worden waren, ist diese heute landesweit bekannt. Mehr als 40 Personen wurden damals zum Teil schwer verletzt (darunter auch wieder einmal Pressevertreter), und eine Person ist sogar zu Tode gekommen. Die Bewegung des '24. März' ist seither zum polarisierenden Symbol der Reformbewegung als Ganzes geworden. Von vielen wird diese Bewegung als

eine von der Opposition, insbesondere von den Muslimbrüdern gesteuerte Bewegung angesehen. Eine Reihe von Jugendbewegungen, die bei der Demonstration am 24. und 25. März 2011 noch an der Seite der Bewegung des '24. März' gestanden haben, hat sich inzwischen zurückgezogen und von ihr distanziert. Als Begründung führen diese an, dass sie erst spät erkannt haben, wie tief die Beziehungen der Bewegung des '24. März' zu islamistischen Parteien und Gruppierungen sind. Gleiches wird auch von der Bewegung des '15. Juli' gesagt. Beides objektiv zu überprüfen, ist Außenstehenden praktisch nicht möglich. Es ist sicher richtig, dass die Planung, Organisation und Durchführung von Demonstrationen in einer Größenordnung wie der oben Genannten eine Infrastruktur notwendig macht, die nur wenige Parteien in Jordanien haben. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, dass die 'Islamische Aktionsfront - IAF', der politische Arm der jordanischen Muslimbrüder, die in Jordanien am besten organisierte Partei ist. Mit einer nicht auszuschließende Verbindung der Bewegung des '24. März' mit der IAF, könnten die jordanischen Muslimbrüder daher schon versucht haben, nicht nur auf den Reformzug aufzuspringen, sondern sich damit auch gleich an die Spitze der Reformbewegung zu setzen (was ihnen, wenn sie diesen Versuch unternommen haben sollten, bis dato zweifelsohne nicht gelungen ist). Gleich von mehreren Jugendbewegungen wird berichtet, dass die Muslimbrüder ihnen zunächst eine Partnerschaft angeboten, und anschließend versucht haben sollen, sie ganz zu übernehmen. Es gibt nicht wenige die die Auffassung vertreten, dass die Bewegungen des '24. März' und des '15. Juli' Teil der islamistischen Bewegung sind. Dass solche Stimmen überwiegend aus dem Lager der Gegen-Reformbewegung kommen, verwundert nicht. Im Gegenzug wird von Beobachtern der Szene die Wahrscheinlichkeit als nicht gering bezeichnet, dass diesen Eindruck zu vermitteln der Versuch der Regierung ist, die beiden Bewegungen als anti-jordanisch und nicht die Anliegen der (trans-) jordanischen Gesellschaft vertretend zu diskreditieren. Auch dieser Versuch ist, wenn er seitens der Regierung verfolgt worden sein sollte, als bisher wenig erfolgreich zu bezeichnen.

Tatsache ist, dass die Reformbewegung sich nicht nur aus der palästinensischstämmigen Bevölkerung rekrutiert. Auch dieser Eindruck wurde anfänglich von der Regierung versucht, glauben zu machen. Dies hatte im März 2011 für einen kurzen Moment die Befürchtung aufkommen lassen, dass es zu Auseinandersetzungen zwischen der palästinensischstämmigen Bevölkerung und der Bevölkerung transjordanischen Ursprungs kommen könnte. Da der Süden des Landes nach wie vor überwiegend tribale Strukturen aufweist, und eine Vielzahl von Jugendbewegungen aus Städten in den südlichen Landesteilen kommt, ist diese Behauptung jedoch relativ leicht zu widerlegen. Dass sich gerade der noch stark von tribalen Strukturen geprägte Süden vor den Karren der Muslimbrüder spannen lässt, erscheint wenig wahrscheinlich.

Dennoch darf man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass im Rahmen freier, fairer und transparenter Wahlen, die auf der Grundlage eines nicht manipulierten Wahlgesetzes durchgeführt werden würden, die Muslimbrüder und ihr politischer Arm, die 'Islamische Aktionsfront - IAF', mit großer Wahrscheinlichkeit als deutlicher Sieger hervorgehen würde (zusammen mit den anderen islamistischen Parteien).

Was die Reformbewegung insgesamt anbelangt, so haben sich die Muslimbrüder bisher auffallend zurückgehalten. Gerade so, als ob sie noch abwarten und beobachten wollten, in welche Richtung sich das Ganze weiterentwickelt.

Auf Weisung des Königs hat die Regierung schnell auf die aufkommenden Proteste reagiert. Als Erstes hat sie die wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen erhöht, d.h. die Subventionen sowie Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst erhöht. Darüber hinaus hat sie Arbeitsplätze derart geschaffen, als dass sie den öffentlichen Dienst sowie den Militär- und Sicherheitsapparat weiter aufgebläht hat, und sie hat ein Amnestiegesetz erlassen, das neben dem Erlassen von Schulden, die die Bürger gegenüber dem Staat hatten (z.B. Grundsteuerschulden sowie Verwarungsgebühren für Verkehrs- und Umweltverstöße), unter bestimmten Voraussetzungen auch die Freilassung von Gewaltverbrechern vorsieht.

Die Regierung ist mit diesen Hilfen weit über ihre finanziellen Möglichkeiten gegangen, zumal weitere Effekte wie die mehrfache Unterbrechung der für die jordanische Energieversorgung elementaren Gaspipeline aus Ägypten, die seit Beginn des Jahres Jordanien nicht bzw. nur noch unzureichend mit Gas versorgt (welches zu mehr als 80% für die Stromerzeugung benötigt wird), den Haushalt schwer belasten. Der durch die Unterbrechung der Gasversorgung notwendig gewordene Einsatz von teurerem Öl, soll den Haushalt mit bis zu 3 Mill. Euro pro Tag belasten. Die Mehrausgaben sollen sich auf bisher rund 600 Mill. Euro belaufen. Der zwischen Jordanien und Ägypten im Jahre 2004 für insgesamt 15 Jahre geschlossene Vertrag über die Lieferung von 6,8 Mill. Kubikmeter Gas pro Tag, dessen Preis mit nur der Hälfte des jeweiligen Weltmarktpreises vereinbart worden war, ist dieser Tage auf Druck von Ägypten neu verhandelt worden. Jordanien wird künftig für die Gaslieferungen den Preis bezahlen müssen, den auch andere Kunden auf dem Weltmarkt bezahlen. Auf den Haushalt werden daher auch in den kommenden Jahren zusätzliche, nicht eingeplante Ausgaben zukommen.

Von der politischen Seite her haben der König und die Regierung mit einer gewissen Zeitverzögerung reagiert. Am 14. März 2011 wurde ein so genanntes 'National Dialogue Committee - NDC' eingerichtet. Seine Aufgabe bestand darin, Vorschläge für eine Überarbeitung des Wahl- und Parteiengesetzes sowie ganz allgemein für politische Reformen zu erarbeiten. Die Vorschläge liegen seit dem 04. Juni 2011 vor und werden aktuell im Parlament beraten. Bisher ist lediglich das Parteiengesetz abschließend beraten, und per Dekret in Kraft gesetzt. Es soll zukünftig die Gründung von Parteien erleichtern. In welcher Form die Bevölkerung in den nationalen Dialog einbezogen war, ist nicht genau auszumachen. Überrascht hat in diesem Zusammenhang eine im Juli 2011 durchgeführte repräsentative Umfrage, die u.a. zum Ergebnis hatte, dass mehr als 40% der Bevölkerung noch nie etwas von einem nationalen Dialog gehört haben wollen. In den ländlichen Gebieten war dieser Wert höher, in den Großstädten niedriger.

Des Weiteren wurde ein so genanntes 'Economic Dialogue Committee - EDC' eingerichtet, das Vorschläge für Wirtschaftsreformen erarbeiten sollte. Die nach nur zehn Tagen vorgelegten Vorschläge waren so, dass sie wenig geeignet erscheinen, die am Boden liegende Wirtschaft Jordaniens zu beleben. Insbesondere enthielten die vorgelegten Vorschläge keine Hinweise dahingehend, mit welchen Maßnahmen neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstehen können. Die jedes Jahr in einer Größenordnung von 60 - 80.000 auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Menschen (die überwiegende Zahl davon Hochschulabgänger), werden ihr Auskommen nicht auch noch im öffentlichen Dienst bzw. im Militär- und Sicherheitsapparat finden können. Die diesbezüglichen Ausgaben belasten bereits heute den Staatshaushalt weit über Gebühr.

Neben den beiden oben genannten Kommissionen hat der König eine so genannte "Royal Commission" damit beauftragt, Vorschläge für eine Änderung der Verfassung zu erarbeiten. Die Vorschläge liegen seit dem 14. August 2011 vor. Sie werden aktuell ebenfalls im Parlament beraten. Mehr als 40 der insgesamt 128 Artikel der Verfassung, die aus dem Jahre 1952 stammt, sollen geändert werden. Vorgeschlagen wurde u.a. die Einrichtung eines Verfassungsgerichtes, die Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die künftig an Stelle des Innenministeriums Wahlen überwachen soll, sowie Gerichtsverfahren von Bürgern künftig nur noch vor Zivilgerichten, und nicht wie bisher auch vor Militärgerichten, durchzuführen. Die Möglichkeit der Verabschiedung von Gesetzen alleine durch die Regierung (d.h. ohne Zustimmung des Parlaments) soll deutlich eingeschränkt werden, und das Mindestalter von Parlamentsabgeordneten soll auf 25 Jahre gesenkt werden. Obwohl die Vorschläge ein insgesamt positives Echo gefunden haben, gab es selbstredend auch Kritik. Kritik, die aus unterschiedlichen Richtungen kam. So wird auch künftig nur die Regierung die Befugnis haben, Gesetze einzubringen. Das Parlament wird auch künftig über kein derartiges Recht verfügen. Frauenverbände haben heftig kritisiert, dass auch in der neuen Verfassung Jordanier vor dem Gesetz zwar gleich sein sind, Diskriminierungen aber nur hinsichtlich deren Herkunft, Religion und Sprache ausgeschlossen sind. Die Aufnahme des Ausschlusses einer Diskriminierung nach dem Geschlecht wurde hingegen nicht vorgeschlagen. Aktuell sieht es auch nicht so aus, als dass der entsprechende Artikel 6 der Verfassung noch geändert wird. Zur Änderung wurde auch nicht vorgeschlagen, was auf der Agenda der Reformbewegung ganz oben steht. Das Verfahren zur Ernennung bzw. Bestellung des Premierministers. Auch in der geänderten Verfassung soll es dem König vorbehalten bleiben, den Premierminister zu ernennen. In diesem Punkt bleibt die Änderung der jordanischen Verfassung hinter der erst kürzlich erfolgten Änderung der Verfassung in Marokko zurück. Dort hatte König Mohammed VI. seit dem 01. Juli 2011 auf sein bisheriges Recht verzichtet, den Premierminister zu ernennen. Anders als in Marokko, wird es in Jordanien auch kein Referendum über die neue Verfassung geben. Diese wird vielmehr, wenn sie von den beiden Kammern des jordanischen Parlamentes abschließend beraten ist, durch ein königliches Dekret in Kraft gesetzt werden. So wie jedes andere Gesetz auch.

Dass die Kritik aus den Reihen der Muslimbrüder und der islamistischen Parteien am lautesten war, verwundert nicht. Bei aller bestehenden Reformbereitschaft hat man von Beginn an nicht davon ausgehen können, dass es zu Reformen kommt, deren Nutznießer am Ende die Muslimbrüder und/oder die islamistischen Parteien sind. Zumal niemand so wirklich weiß, wofür diese Bewegung und die ihr nahestehenden Parteien eigentlich stehen, und was deren Ziele am Ende sind (wieder eine Parallele zu Ägypten). Auch wenn die Muslimbrüder in Jordanien in der Vergangenheit als weit gemäßigter als ihre Brüder in Ägypten zu bezeichnen waren (u.a. weil sie in Jordanien nicht verboten waren, sondern innerhalb bestimmter Grenzen politisch aktiv sein durften), so kann man seit Beginn diesen Jahres doch eine gewisse Veränderung beobachten. Diese Veränderung, die man mit einem deutlich gestiegenen Selbstbewusstsein beschreiben kann, ist auf die Erfolge der Reformbewegung in anderen arabischen Ländern zurückzuführen. Sie geht aber auch, wie in anderen arabischen Ländern gleichfalls zu beobachten, mit einer auffallenden Zurückhaltung einher, die richtig einzuordnen schwer fällt. Vordergründig mehr Demokratie fordernd, lassen sie andererseits weitgehend im Unklaren, welche Form des Staates sie schlussendlich anstreben und wie sie es

mit der Demokratie zu halten beabsichtigen, wenn es ihnen eines Tages gelingen sollte, die politische Mehrheit zu erlangen. Hinzu kommt, dass die jordanischen Muslimbrüder weit weniger homogen sind, als man das von außen betrachtet vermuten würde. Zwar dringt von dem noch bis vor einem Jahr tobenden internen Machtkampf nichts mehr nach außen, doch es kann nicht wirklich gesagt werden, ob eine und wenn ja welche Fraktion innerhalb der Bruderschaft sich durchgesetzt hat. Insbesondere was das Verhältnis zur Hamas und zur Gewalt anbelangt, besteht ein schon seit Jahren andauerndes Zerwürfnis in deren Reihen. Seit Beginn dieses Jahres scheinen diese Fragen in den Hintergrund getreten zu sein. Man gibt sich nach außen geschlossen und versöhnlich, was jedoch nicht bedeuten muss, dass dem auch tatsächlich so ist.

Man kann bei den geplanten Reformen sicher von einer Erweiterung demokratischer Elemente sprechen. Dass am Ende des derzeit eingeschlagenen Weges jedoch einmal eine parlamentarische Monarchie steht, ist aktuell nicht erkennbar (eine konstitutionelle Monarchie ist Jordanien schon seit 1952, da sich die Rechte des Königs, seit dieser Zeit aus der Verfassung ergeben). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt darf auch bezweifelt werden, dass die tribalen Stämme des Südens und darüber hinaus die großen und alt eingesessenen Familien an einer solchen parlamentarischen Monarchie ein gesteigertes Interesse haben. Insbesondere scheinen aber vor allem die Menschen mit einer solchen Staatsform derzeit noch überfordert zu sein. Auch die Tatsache, dass es bisher keine wirklich funktionsfähigen Parteien gibt (bis auf vielleicht die IAF, von der man wie gesagt nicht wirklich weiß, wie sie es mit der Demokratie hält), die zu einem wichtigen Pfeiler einer parlamentarischen Monarchie werden könnten, spricht dagegen, eine derartige Entwicklung zu stark zu fordern. Die stärkere Einbeziehung der Menschen in die Politik, sowie die stärkere und besser Vermittlung von Politik in die Gesellschaft hinein, könnten vielmehr erste geeignete und vor allem wichtige Schritte sein, die Menschen auf eine solche Staatsform hin vorzubereiten.

Wenn es bei dem von König Abdullah II. vorgegebenen Zeitplan bleibt, sollen die Reformen bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein. Die Änderungen der Verfassung sollen bis zum 29. September 2011 durch die beiden Kammern des Parlaments verabschiedet werden, sodass sie vom König in Kraft gesetzt werden können. Voraussichtlich im November 2011 wird das Parlament dann die Grundlage für seine Auflösung beraten und beschließen. Das neue Wahlgesetz. Für das Jahr 2012 sind dann die Auflösung des Parlaments sowie Neuwahlen geplant.

Bereits im November 2011 werden in einem ersten Schritt Kommunalwahlen stattfinden. Das entsprechende Gesetz ist vom Parlament bereits verabschiedet, und vom König per Dekret erlassen worden.

Was die Regierungen in Jordanien anbelangt so gilt: Nach einer Regierungsumbildung ist gleichzeitig vor einer Regierungsumbildung. An dem Trend, dass im Jahresrhythmus neue Regierungen das Licht der Welt erblicken, dürfte sich mittelfristig wenig ändern. Es wurden bereits Gerüchte laut, dass es Anfang Oktober 2011 wieder einmal so weit sein könnte. Ob Regierungsumbildung oder gleich eine komplett neue Regierung, bleibt abzuwarten. Die letzte Kabinettsumbildung läge dann gerade einmal drei Monate, die letzte neue Regierung immerhin schon acht Monate zurück.

2.2 SYRIEN

Was die Lage in Syrien angeht, so kann leider über keine positive Entwicklung berichtet werden. Im Gegenteil.

Entgegen mehrfacher Beteuerungen von Staatspräsident Baschar al-Assad, geht das Töten in Syrien unvermindert weiter. Am 14. August 2011 wurden zwei dicht besiedelte Wohnviertel der Küstenstadt Latakia, in der mehr als 400.000 Menschen leben, von Kriegsschiffen aus mit schwerer Artillerie beschossen. Gleichzeitig rückten Panzerverbände in die Stadt vor. Anlass der Aktion war, dass es in den Tagen davor in Latakia zu Massenprotesten gegen Staatspräsident Assad gekommen war. Die Zahl der Toten wurde, je nach dem welchen Angaben man Glauben schenkt, mit rund zwei Dutzend angegeben. Nach dem im Verlauf der Beschießung auch Granaten in einem nahe gelegenen palästinensischen Flüchtlingslager eingeschlagen haben, kam es dort zu einer Massenflucht. Nach Angaben des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge, UNRWA, haben mehr als die Hälfte der rund 10.000 Bewohner des Lagers Al-Raml die Flucht ergriffen (al-Raml ist eines von zwölf palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien, die von der 'United Nations Relief and Works Agency - UNRWA' betreut werden. Insgesamt sollen bis zu 500.000 Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern in Syrien leben).

Mit der vorgenannten Aktion hat Staatspräsident Assad die letzten arabischen Nachbarstaaten gegen sich aufgebracht. Der Generalsekretär der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Jassir Abed Rabbo, hat die Ereignisse in Latakia als 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit' bezeichnet. Unmittelbar an die Ereignisse anschließend setzte eine palästinensische Solidarisierungswelle mit der syrischen Opposition ein, die auch die Forderung des Sturzes Assads zum Inhalt hatte. Mit den oben dargestellten Ereignissen hat das syrische Regime auch seine Verbündeten im Libanon (Hisbollah) und in den besetzten palästinensischen Gebieten (Hamas) in eine schwierige Lage gebracht. Im Gaza-Streifen kam es zu Demonstrationen gegen das syrische Regime. Die Hamas traute sich nur zurückhaltend gegen diese Demonstrationen vorzugehen (da sie ansonsten den Tod von Landsleuten gutgeheißen hätte). Vergleichbares gilt für den Libanon, wo Teile der Bevölkerung gegen das syrische Regime auf die Straße gingen. Sowohl von der Hisbollah, als auch von der Hamas war in den zurückliegenden Monaten nur wenig zu den Ereignissen in Syrien zu hören gewesen.

Den Rückhalt hat das Regime von Staatspräsident Assad inzwischen nicht nur im Westen verloren. Selbst Russland wird zunehmend unruhig, was die Entwicklung in Syrien angeht. Es will zwar auch weiterhin keine UN-Resolution gegen Syrien mittragen, die Entsendung eines Sonderbeauftragten nach Damaskus macht jedoch deutlich, dass sich Russland in seiner Rolle zunehmend nicht sehr wohl fühlt. Sich wegen der Ereignisse in Syrien mit Europa zu überwerfen, scheint Russland die Sache am Ende dann doch nicht wert zu sein.

Anders sieht dies mit China und dem Iran aus, die das System in Syrien weiter uneingeschränkt unterstützen. Der Iran soll zur Unterstützung sogar Berater und Computerexperten nach Syrien entsandt haben, die dort behilflich gewesen sein sollen, die Protestbewegung, die sich über weite Strecken über das Internet sowie über Facebook und Twitter organisiert, auszuspionieren.

Überraschend war zu beobachten, dass seit unlängst die irakische Regierung die Politik von Präsident Assad zu unterstützen scheint. Das Verhältnis zwischen Sy-

rien und dem Irak war in früheren Jahren alles andere als gut. Zeitweise war dieses nicht nur als frostig, sondern schon eher als feindselig zu bezeichnen. Dies lag u.a. in dem Zerwürfnis der beiden Baath-Parteien in Syrien und im Irak begründet. 1968 kam im Irak just der panarabistische Flügel der Baath-Partei an die Macht, der 1966 in Syrien durch die 'regionalistischen' Neo-Baathisten abgesetzt worden war (der stellvertretende Generalsekretär der panarabischen Baath-Partei im Irak hieß damals übrigens Saddam Hussein, der dann 1979 das Amt des irakischen Staatspräsidenten übernommen hat). Die konfliktrüchtigsten Jahre im Verhältnis der beiden Staaten waren die zwischen 1968 und 1979. Dies heißt jedoch nicht, dass auf diese Jahre eine Aussöhnung folgte. Im Gegenteil. Im irakisch-iranischen Krieg von 1980 - 1988 (1. Golfkrieg) spitzte sich die Lage sogar noch zu, ohne dass es dabei aber zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Stattdessen lieferte man sich im Libanon einen Stellvertreterkrieg derart, als dass Saddam Hussein dort die Armee von Christenführer Michel Aoun aufrüstete (der damals Oberbefehlshaber der libanesischen Armee war und noch im gleichen Jahr vom damaligen Staatspräsidenten Amin Gemayel für zwei Jahre zum 'Interims-Ministerpräsidenten' des Libanon ernannt worden war), der zum damaligen Zeitpunkt noch ein erbitterter Gegner Hafez al-Assads war. Jener Michel Aoun, der Syrien 1989 sogar den Krieg erklärt hat, sitzt heute zusammen mit der Hisbollah in einer pro-syrischen libanesischen Regierung. Als Nouri al-Maliki im Jahre 2006 irakischer Ministerpräsident wurde, hat sich das Verhältnis zwischen Syrien und dem Irak begonnen, schrittweise zu verbessern. Das als gut bezeichnete Verhältnis Malikis zum Iran mag das seinige dazu beigetragen haben, zumal der Iran ein enger Verbündeter Syriens ist.

Dass westliche Politiker keinen unmittelbaren Druck auf Assad ausüben können, war vorhersehbar (wenn, dann nur mittelbar über Sanktionen). Dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, lange Zeit vergeblich versucht hat, Assad telefonisch zu erreichen, verwundert da schon mehr. Zum Einlenken hat er ihn in seinen letztlich dann doch noch geführten Telefongesprächen auch nicht überreden können. Das Regime in Syrien scheint gewillt zu sein, den Weg bis zum bitteren Ende zu gehen.

Nach anfänglicher Zurückhaltung, hat sich die Arabische Liga zwischenzeitlich sehr deutlich gegenüber Präsident Assad und den Ereignissen in Syrien positioniert. So wenig wie westliche Politiker, konnte der Generalsekretär der Arabischen Liga, der frühere ägyptische Außenminister Nabil al-Arabi, der am 15. Mai 2011 von den 22 Außenministern der arabischen Mitgliedsstaaten zum Nachfolger von Amr Mousa gewählt worden ist, Assad im Rahmen eines am 10. September 2011 in Damaskus geführten persönlichen Gesprächs davon überzeugen, von der Gewalt abzulassen. Al-Arabi kehrte vielmehr mit dem Versprechen Assads, politische Reformen durchführen zu wollen, nach Kairo zurück.

So scheint die internationale Staatengemeinschaft ratlos, wie im Falle Syriens weiter zu verfahren ist. Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ist nicht in Sicht, gleichwohl wenn eine solche zustande käme, ein militärisches Engagement, so wie etwa in Libyen, für Syrien wohl nicht in Betracht zu ziehen ist. Letzteres aus gutem Grund, da schon das Engagement in Libyen gezeigt hat, wie schwierig es selbst für ein Bündnis wie die NATO ist, eine Armee wie die von Muammar al-Gaddafi zu besiegen. Und die syrische Armee ist mit der Armee Libyens in keiner Weise zu vergleichen (weder vom Umfang noch von der Ausbildung her). Darüber

hinaus würde ein militärisches Eingreifen in Syrien einen regionalen Flächenbrand wahrscheinlich machen, woran Niemandem gelegen sein kann.

Gleichwohl wird man in der arabischen Welt immer wieder darauf angesprochen, warum der Westen in Libyen bereit war sich militärisch zu engagieren, während er in Syrien dem Morden zusieht.

Der erfolgsversprechendste Weg scheint zu sein, die beiden Konfliktparteien zu Gesprächen an einen Tisch zu bringen. Das Problem gemeinsamer Gespräche ist 'nur', dass beide Seiten aktuell dazu nicht bereit sind. Die Opposition macht sich für diesen Fall zu Recht Sorgen um ihr Leben (vermeintlichen Garantien auf Nicht-Bestrafung durch das syrische Regime Glauben zu schenken, stellt ein Risiko dar, das einzugehen viel Mut und Vertrauen kostet), und das Regime ist bis dato von der Notwendigkeit überzeugt, die Regimegegner, die es nur als von außen gesteuerte Terroristen bezeichnet, zu vernichten.

Die von der Europäischen Union beschlossenen Wirtschaftssanktionen dürften das syrische Regime nicht unmittelbar treffen. Spätestens ab Mitte 2012 rechnen Experten jedoch mit einem scharfen Einbruch der syrischen Wirtschaft, wenn es Syrien bis dahin nicht gelingt, auf anderem Wege Devisen zu erwirtschaften. Die syrische Wirtschaft soll in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 um 40% gegenüber dem Vorjahr eingebrochen sein. Der Tourismus ist praktisch vollständig zum Erliegen gekommen. In einem ersten Schritt hat Syrien Mitte August 2011 Beschränkungen für den Kauf von Devisen eingeführt. Ab sofort dürfen Syrer nur noch dreimal pro Jahr maximal 1.000,- US \$ umtauschen, wobei der monatliche Umtausch auf maximal 1.000,- US \$ begrenzt wurde (höhere Beträge müssen ausführlich begründet und vorab beantragt werden). Zu Beginn der Unruhen im März 2011 sollen sich die syrischen Devisenreserven auf rund 18 Mrd. US \$ belaufen haben. Seitdem wird der Abfluss von Devisen mit wöchentlich rund 70-80 Mill. US \$ angegeben, sodass sich die Reserven Ende September 2011 noch auf rund 15-16 Mrd. US \$ belaufen dürften. Der Importstopp der EU für syrisches Öl, der wie gemeldet erst zum 15. November 2011 in Kraft treten soll (da Italien wegen bestehender Lieferverträge darauf bestanden hat), kann insofern erst mit zeitlicher Verzögerung wirken. D.h., bis zum 15. November 2011 wird Syrien noch Devisen in einer Höhe von bis zu 15 Mill. US \$ pro Tag erwirtschaften können. Syrien förderte 2010 pro Tag die bescheidene Menge von rund 390.000 Barrel Öl (zum Vergleich: alleine Saudi-Arabien kann bis zu 12 Mill. Barrel pro Tag fördern, mithin das 30-fache Syriens). Davon wurden zuletzt rund 240.000 Barrel in Syrien raffiniert, das dafür in Homs und Baniyas über zwei Raffinerien verfügt (zwei weitere Raffinerien sind in Al Furqlus in Zentralsyrien und im Nordosten des Landes geplant. Sie sollen von China gebaut werden. Wann mit dem Bau begonnen wird, ist heute ungewisser denn je). Von den verbleibenden rund 150.000 Barrel Öl wurden bisher rund 148.000 Barrel in Italien, den Niederlanden, Frankreich und teilweise auch in Deutschland raffiniert. D.h., diese Menge Öl wurde letztlich exportiert. Auch wenn der Export von Öl nach Europa 95% aller Exporte Syriens in die Europäische Union ausmacht (im Jahre 2010 soll sich das Gesamtexportvolumen Syriens in die EU auf rund 3,6 Mrd. Euro und die Gesamtimporte aus der EU auf rund 6,8 Mrd. Euro belaufen haben) und durch den Importstopp Syrien künftig Devisen in einer Höhe von bis zu 15 Mill. US \$ pro Tag entgehen sollten (150.000 Barrel Öl multipliziert mit einem Preis von 100,- US \$ pro Tag), so ist der Umfang der Devisenreserven doch noch so, dass Syrien damit bis circa Mitte 2012 bestehen kann.

2.3 LIBANON

Der Libanon hat seit dem 13. Juni 2011 wieder eine Regierung. Premierminister Najib Mikati ist es nach fast fünf Monaten gelungen, ein neues Kabinett vorzustellen. Es setzt sich aus insgesamt 30 Ministern zusammen. Eine Frau gehört dem neuen Kabinett nicht mehr an. Die Partei von Saad Hariri, das 'Future Movement', gehört dieser Regierung ebenfalls nicht mehr an. Hariri war selbst bis zum 12. Januar 2011 Premierminister, bevor die Hisbollah seine Regierung wegen des Zerwürfnisses hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem UN-Sondertribunal für den Libanon (STL) in Den Haag platzen lassen. Seitdem lässt Hariri keine Chance aus, Interviews gegen die Hisbollah, aber auch gegen die neue Regierung zu geben. Er selbst hält sich überwiegend im Ausland auf. Mit seinen Interviews heizt er die ohnehin angespannte Situation weiter auf.

Am 17. Januar 2011 hatte der im Mordfall Hariri ermittelnde Staatsanwalt, der Kanadier Daniel Bellemare, seine Anklageschrift samt umfangreichem Beweismaterial an den für die Prüfung der Anklageschrift zuständigen Richter Daniel Franzen übergeben. Dieser hat die Klageschrift fast fünf Monate geprüft, bevor er der Klage stattgegeben hat.

Am 30. Juni 2011 hat das UN-Tribunal in Den Haag dem libanesischen Generalstaatsanwalt Saeed Mirza die Anklageschrift im Fall der Ermordung des früheren Premierministers Rafik Hariri übergeben. Dem waren fast sechs Jahre Ermittlungsarbeit vorausgegangen. Zusammen mit der Anklageschrift wurden die Haftbefehle für vier Mitglieder der Hisbollah übergeben. Damit war es Aufgabe der libanesischen Polizei, die Angeklagten Mustafa Amine Badreddine (50), Hussein Hassan Oneissi (37), Salim Jamil Ayyash (47) und Assad Hassan Sabra (34) zu verhaften und an den Gerichtshof in Den Haag zu überstellen.

Nachdem nunmehr die Anklage gegen vier Mitglieder der schiitischen Hisbollah vorlag, war es wenig verwunderlich, dass der Führer der Hisbollah, Scheich Hassan Nasrallah, einmal mehr öffentlich kundtat, worüber er bereits seit Monaten niemanden im Unklaren gelassen hatte. 'Die Hisbollah wird keinen ihrer Mitglieder an das Tribunal überstellen', ließ er über Rundfunk und Fernsehen verkünden. Gleichwohl die Anklage noch lange keine Verurteilung ist, lehnt die Hisbollah das Verfahren ab. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie den Gerichtshof in Den Haag als Ganzes ablehnt. Wiederholt hat sie die Ermittlungen im Fall der Ermordung Rafik Hariris als ein Komplott der USA und Israels bezeichnet.

Bereits im Vorfeld war viel darüber spekuliert worden, wie die libanesische Regierung mit einem solchen Fall umgehen würde. Die Anklage des Tribunals zu ignorieren war so wenig möglich, wie dem Tribunal die Zusammenarbeit zu verweigern. Nicht zuletzt wurde dies auch für die Bewegung des 14. März als nicht akzeptabel angesehen. Von vielen wurde daher vermutet, dass die Polizei am Ende erklärt, der Gesuchten nicht habhaft werden zu können.

Die Situation wurde in den zurückliegenden Monaten dadurch erschwert, dass die Hisbollah wegen der Ereignisse in Syrien zunehmend unter Druck kam. Die anfängliche Hoffnung der Hisbollah, dass es Syriens Präsident Assad gelingen würde, die Proteste in seinem Land schnell unter Kontrolle zu bringen, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil, die Ausschreitungen in Syrien nahmen zu. Nachdem mit zunehmender Dauer des Konfliktes Syrer auch begannen in den Libanon zu fliehen, und die syrischen Sicherheitskräfte nicht davor zurückschreckten, diese Flücht-

linge bis auf libanesisches Staatsgebiet zu verfolgen, nahmen die anti-syrischen Proteste im Libanon zu. Wiederholter syrischer Beschuss libanesischer Dörfer im Grenzgebiet zu Syrien tat ein Übriges. Mitten in diese Entwicklung hinein kam die Anklage gegen vier Mitglieder der Hisbollah.

Als wäre diese Entwicklung nicht schon weitreichend genug gewesen, wurde in der Ausgabe des 'Times Magazine' vom 19. August 2011 ein Interview mit einem der Gesuchten veröffentlicht. Auch dies wäre vermutlich noch keiner besonderen Mitteilung wert gewesen, wenn dieses Interview nicht, wie gemeldet, im Libanon geführt worden sein soll. Wenn diese Angaben stimmen, so wäre damit eindringlich widerlegt, dass sich die Gesuchten nicht, wie seitens der Hisbollah immer wieder erklärt, im Libanon aufhalten. Der Aufregung nicht genug, soll der Interviewte dem Reporter des 'Times Magazine' mitgeteilt haben, dass die Behörden genau wüssten, wo er sich im Libanon aufhalte. Sie würden ihn alleine deshalb nicht verhaften, weil sie genau wüssten, dass er unter dem Schutz der Hisbollah steht. Diese Nachricht hat dann doch eingeschlagen. Am darauffolgenden Tag wurde der im Libanon akkreditierte Reporter des 'Times Magazine', Nicolas Blanford, vom libanesischen Generalstaatsanwalt zur Vernehmung einbestellt. Die libanesischen Regierung hatte schnell erkannt, dass ihr möglicherweise angedachter Versuch, sich durch die Mitteilung an das STL in Den Haag, den zur Verhaftung Ausgeschriebenen 'leider' nicht habhaft werden zu können, durch das vorgenannte Interview durchkreuzt werden könnte. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass man mit dem vielleicht erfundenen Interview Druck auf die libanesischen Regierung ausüben wollte, damit diese eine Verhaftung vornimmt. Nachdem dieses Thema einige Tage die Presse dominiert hatte, und eine Klärung des tatsächlichen Sachverhaltes nicht zu erreichen war, hat sich die Aufregung wieder gelegt. So wie sich die Sache derzeit darstellt, ist eine Verhaftung der vier Angeklagten wieder in weiter Ferne gerückt. Dass die Hisbollah das Interview einmal mehr als erfunden bezeichnet hat, verwundert nicht. Darüber hinaus hat sich die Organisation auffallend ruhig verhalten. Ein Grund dafür dürfte gewesen sein, dass es gerade einmal fünf Tage zuvor in Latakia zur Beschießung eines palästinensischen Flüchtlingslagers gekommen, und in dessen Folge im Libanon zu anti-syrischen Protesten gekommen war. Aus Sicht der Hisbollah ist die gegenwärtige Zeit für sie keine leichte. Den Verbündeten Syrien öffentlich zu verteidigen, versucht sie, wenn immer möglich, zu vermeiden. Stattdessen hofft sie vermutlich, durch ein anderes öffentlichkeitswirksames Thema, sobald als möglich, von ihrer derzeit unkomfortablen Lage ablenken zu können. Die für den 23. September 2011 erwarteten Ereignisse könnten ein solches Thema sein.

Thomas Gebhard

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Amman, Jordanien

IMPRESSUM

Erstellt: 22. September 2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstrasse 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de